

Rückzug des Staates? Wandel der Staatlichkeit von Schulsystemen im internationalen Vergleich

Rita Nikolai

1. Einleitung

Bildung ist in vielen Staaten der Welt eine öffentliche Angelegenheit. In den meisten Ländern der OECD gehört der Bereich der Schulbildung zu den Aufgaben des Staates und er trifft auf nationaler, subnationaler oder auch kommunaler Ebene die wesentlichen schulpolitischen Entscheidungen.¹ Der Staat ist in vielen OECD-Ländern Betreiber von Schulen und er trägt auch zum Großteil ihrer Finanzierung bei. So entfielen 2013 OECD-weit rund 93 Prozent der Ausgaben für Schulen (Primar- und unterer Sekundarschulbereich) auf staatliche Haushalte (vgl. OECD 2016a: 217). Doch auch private Akteure, darunter Haushalte, Firmen und Stiftungen, finanzieren in vielen OECD-Ländern einen beträchtlichen Teil der Schulbildung (vgl. Wolf 2009, 2010). Hierzu gehören etwa Beiträge und Gebühren, die Schulen von Lernenden (bzw. deren Eltern) erheben.² Aber auch die Ausgaben für Lernmittel und Nachhilfe (vgl. Bray 2013; Koinzer 2014) oder auch die Kosten für die Betreuung von Schulkindern in Horten zählen zu den privaten Bildungsausgaben (vgl. Wolf 2010: 307).

Bei der Analyse von Schulsystementwicklungen ist vor allem die Arbeitsteilung zwischen öffentlichem und privatem Sektor von Bedeutung (vgl. Helbig/Nikolai 2015; Koinzer/Leschinsky 2009). In vielen OECD-Staaten ist dabei seit einigen Jahren zu beobachten, dass die Zahl der privaten Schulen ansteigt (vgl. Köppe 2014; Wiborg 2015).³ Durch den wachsenden Anteil privater Schulen ergibt sich eine stärkere horizontale

1 Der Beitrag konzentriert sich auf den Schulbereich. Nicht berücksichtigt werden die Bereiche der frühkindlichen Bildung, der Hochschulen und der Aus- und Weiterbildung.

2 Hierzu gehören etwa das Schulgeld an privaten Schulen oder auch Beiträge für das Mittagessen in Kantinen an öffentlichen Schulen.

3 Eine Zunahme privater Schulen bzw. sogenannter low-fee private schools ist auch in lateinamerikanischen und afrikanischen Staaten festzustellen (vgl. Verger et al. 2016).

Gliederung des Schulsystems, die in Ländern mit gegliederten Schulsystemen wie etwa in Deutschland die vertikale Trennung verschärft und in nicht vertikal gegliederten Schulsystemen überhaupt erst eine Trennung produziert.

Die steigende Anzahl von Schüler/inne/n an Privatschulen geht jedoch nicht zwangsläufig einher mit einer zunehmenden Privatisierung der Kosten. Denn einen Ausbau des Privatschulbereichs ermöglicht in vielen Ländern der OECD vor allem der Staat, der diesen meist auch zu mehr als fünfzig Prozent finanziert. Nach Köppe (2014: 153) findet eine „Vermarktlichung der Produktion, aber nicht der Finanzierung“ statt: Zunehmend werden Schulen von nichtstaatlichen Akteuren betrieben, die jedoch nicht nur privat, sondern weiterhin zum großen Teil staatlich finanziert werden.

Die Privatisierung von Schulstandorten ist im Zusammenhang mit der Einführung des *New Public Management* und der Etablierung von Quasimärkten im Schulbereich zu sehen (vgl. Tarazona/Brückner 2016). Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, dass das öffentliche Schulsystem einem marktformigen Schulsystem weichen sollte, in dem die elterliche Nachfragemacht gestärkt wird und ihre Schulwahlmöglichkeiten durch die Erhöhung der Angebotsvielfalt von öffentlichen wie privaten Schulen vergrößert werden (vgl. Chubb/Moe 1990; Weiß 2001). Langfristig wird von einer stärkeren Privatisierung von Schulstandorten erwartet, dass der stärkere Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Schulen zu einer besseren Schulqualität insgesamt führt (vgl. Gewirtz et al. 1995).⁴

Mit der Zunahme der Privatisierung von Schulstandorten verändert sich auch die Rolle des Staates. Er ist nicht mehr alleiniger Anbieter von Schulangeboten und verlagert sich zunehmend auf die Aufsicht und Kontrolle der Schulqualität.⁵ Schließlich etablieren sich neue Akteure in der Schulpolitik, die die Akteurskonstellationen und die Machtbalance in der

4 Unter Berücksichtigung der sozialen Herkunft der Schüler/innen konnte ein solcher Effekt jedoch in Analysen von Large-Scale-Assessments bislang nicht nachgewiesen werden (vgl. Weiß 2013).

5 Über Schulleistungsvergleiche wie PISA oder die Vergleichsarbeiten in den deutschen Bundesländern (VERA 3 und VERA 8) versucht der Staat, Einfluss auf die Schulqualität und Schulentwicklung zu nehmen. In manchen Ländern, wie den USA oder England, darf der Staat Schulen sogar sanktionieren (z. B. durch Schulschließungen), wenn diese die Bildungsstandards nicht erfüllen können (vgl. West 2010). Solche Sanktionsmöglichkeiten gibt es in den deutschen Bundesländern bislang noch nicht.

Schulpolitik verändern. Solche Entwicklungen zunehmender Privatisierung zeigen sich auch im Hochschulbereich (vgl. hierzu auch Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016: 124; Schmid et al. 2011). Zudem weist der Forschungsstand zu Privatschulen darauf hin, dass es im Zuge der Entstaatlichung von Schulsystemen und der Expansion von Privatschulen zunehmend zu einer sozialen Segregation zwischen öffentlichen und privaten Schulen kommt (vgl. zu Deutschland auch Avenarius 2011; Giesinger 2009; Helbig/Nikolai 2016; Jungbauer-Gans et al. 2012; Wrase/Helbig 2016).

Nach wie vor offen lässt die Vergleichende Politikwissenschaft, wie der Paradigmenwechsel im Wandel von der Input- zur Output- und Wettbewerbssteuerung (vgl. hierzu auch Nikolai/Rothe 2016) darüber hinaus die Stellung des Staates in der Bereitstellung von Schulen verändert. Ist ein Rückzug des Staates aus Schulen zu beobachten? Und wie ist der Wandel von Staatlichkeit zu charakterisieren? Welche Muster zeigen sich dabei auch in Abhängigkeit vom jeweiligen Wohlfahrtsregime?

Der vorliegende Beitrag zeichnet zunächst nach, welche Dynamiken der Privatschulentwicklung sich seit Ende der 1990er Jahre im OECD-Vergleich bis heute beobachten lassen (Abschnitt 2). Anschließend wird diskutiert, welche Antriebskräfte für die an vielen Schulstandorten zu beobachtenden Privatisierungen verantwortlich sein könnten und welche Rolle hierbei der Parteipolitik zukommt (Abschnitt 3). Der Beitrag schließt mit einem Fazit (Abschnitt 4), das auch auf zukünftigen Forschungsbedarf verweist.

2. Privatschulen im OECD-Vergleich

Privatschulen sind nicht gleich Privatschulen. Sie unterscheiden sich sowohl in der Höhe staatlicher Zuwendungen als auch nach ihren Trägern. Nach dieser Differenzierung in 2.1 und 2.2 wird in 2.3 außerdem die Rolle der Privatschulen auf Zusammenhänge mit Länderspezifika bzw. den Wohlfahrtsstaatstypen untersucht.

2.1 Unterschiede in der Höhe staatlicher Zuwendungen

Die OECD unterscheidet hinsichtlich der Höhe staatlicher Zuwendungen zwei Formen von Privatschulen (vgl. hierzu auch OECD 2012). Die *government-independent private schools* sind staatlich unabhängige Pri-

vatschulen, die für weniger als fünfzig Prozent ihrer Kosten staatliche Gelder erhalten. Diese Schulen sind in den meisten OECD-Ländern nur in geringem Umfang anzutreffen. Schulen in diesem Typ sind stark abhängig von (zum Teil hohen) Schulgeldern, Spenden, Sponsorengeldern oder elterlichen Spendensammlungen. Weitaus stärker vertreten sind die Privatschulen der zweiten Form, die *government-dependent private schools*. Diese staatlich abhängigen Privatschulen erhalten mehr als die Hälfte ihrer Finanzierung vom Staat, in manchen Ländern sogar hundert Prozent. Im Privatschulensektor dominieren OECD-weit die staatlich subventionierten Schulen, die von der OECD seit 1998 in ihren Statistiken mit erfasst werden (vgl. OECD 2016b).

Wie wichtig es ist, diese Unterscheidung bei der Analyse von Privatschulen und ihrer Finanzierung zu berücksichtigen, zeigen die Zahlen für Deutschland, England und Schweden im unteren Sekundarschulbereich (vgl. Tabelle 1). 2014 waren in der unteren Sekundarstufe 51 Prozent der Schüler/innen in Großbritannien an staatlich subventionierten und sechs Prozent an unabhängigen Privatschulen (vgl. OECD 2016b). Diese Werte geben vor allem die Situation in England wieder, da der Privatschulanteil in Nordirland, Schottland und Wales gering ist (vgl. West/Nikolai 2017). Der Sektor der staatlich subventionierten Privatschulen im unteren Sekundarschulbereich bedient in England mittlerweile mehr als die Hälfte der Schüler- und Schülerinnenschaft – noch 1998 war hier nur ein Prozent eingeschrieben.

Aus Perspektive von Theorien institutionellen Wandels (vgl. Streeck/Thelen 2005) kann der Wandel im englischen Schulsystem als eine Mischung aus *Verdrängung* (*displacement*) und *Transformation* (*conversion*) verstanden werden. Der institutionelle Wandel ergibt sich nicht durch Erweiterungen oder Veränderungen, sondern durch den Bedeutungsverlust bestehender öffentlicher Institutionen, die zunehmend von privaten Schulen ersetzt werden, auch wenn diese weiterhin vom Staat abhängig sind. Durch die Subventionen behält sich der Staat weiterhin eine Kontrolle der Schulangebote vor, die veränderte Trägerschaft führt jedoch zu einer Transformation des vormals öffentlichen englischen Schulsystems zu einem nunmehr stark privaten (vgl. West 2015). Die Entwicklungen in der englischen Privatschullandschaft könnten somit in Anlehnung an Höhne als eine „bildungspolitische Pfadverschiebung“ (2016: 39) verstanden werden.

Im Vergleich zu England ist der Zuwachs in Schweden zwar weniger stark, doch auch substantiell. Besuchte 1998 nur jede/r fünfzigste Schüler/in im unteren Sekundarschulbereich staatlich subventionierte Privat-

schulen, stieg ihr Anteil bis 2014 auf rund 15 Prozent (vgl. OECD 2016b). Privatschulen sind in Schweden ausschließlich staatlich subventionierte Schulen, alle bestreiten über die Hälfte ihrer Finanzierung mit staatlichen Mitteln. In Deutschland stieg der Anteil der Schüler/innen an staatlich-subventionierten Privatschulen im gleichen Zeitraum von sechs auf zehn Prozent (vgl. hierzu auch West/Nikolai 2017).⁶ Doch verdecken diese Daten den starken Anstieg an Privatschulen in Ostdeutschland und in größeren Städten, vor allem im Primarschulbereich (vgl. hierzu auch Bellenberg/Wegricht 2015; Koinzer/Mayer 2015; Kühne/Kann 2012).

Auch wenn eine Expansion von Privatschulen in Schweden und Deutschland festzustellen ist, sind die Schulsysteme in beiden Ländern nach wie vor als öffentlich zu charakterisieren. Welche veränderte Sicht auf die Rolle des Staates in der Gestaltung von Schule jedoch in allen drei Ländern mit der Expansion von Privatschulen einhergeht, bleibt eine offene Forschungsfrage.

Tabelle 1: Politiken der Privatschulfinanzierung in Deutschland, England und Schweden (untere Sekundarstufe), 2014

	staatlich unabhängig	staatlich subventioniert
Deutschland	werden statistisch nicht separat erfasst	10 % (1998: 6 %)
Großbritannien (England)	6 %	51 % (1998: 1 %)
Schweden	0 %	15 % (1998: 2 %)

Quelle: OECD (2016b). Anm.: Angaben beziehen sich auf Anteile von Schüler/innen an Privatschulen in % aller Schüler/innen (öffentliche und private Schulen); Zahlen sind aufgerundet.

6 Da staatlich unabhängige Privatschulen im Primar- und unteren Sekundar-schulbereich in Deutschland abgesehen von den wenigen (aber expandierenden) International Schools kaum existieren, werden diese in der OECD-Statistik in der Kategorie der staatlich abhängigen Privatschulen mitaufgeführt.

2.2 Unterschiede in der Trägerschaft

Privatschulen unterscheiden sich auch danach, ob sie von Kirchen und Religionsgemeinschaften (vgl. Maussen/Bader 2015), Unternehmen, Vereinen, Stiftungen, Privatpersonen oder sonstigen Trägern geführt werden. Leider liegen im internationalen Vergleich keine Daten zur Trägerschaft privater Schulen vor, weder in Statistiken der OECD noch der Europäischen Union. Um jedoch die Bandbreite der Trägerschaft aufzuzeigen, können nationale Daten herangezogen werden.

In Deutschland unterscheidet die amtliche Statistik katholische (22,7 %) und evangelische Schulen (14,5 %) sowie Freie Waldorfschulen⁷ (7,6 %) und Privatschulen sonstiger Träger (55,3 %) (vgl. Online-Daten der Autorengruppe Bildungsberichterstattung). Zahlen zur Trägerschaft von privaten Schulen in Deutschland geben dabei die Situation der staatlich abhängigen Privatschulen wieder, da die staatlich unabhängigen Privatschulen – die im Primar- und Sekundarbereich in Deutschland auch kaum eine Rolle spielen – von der amtlichen Statistik nicht erfasst werden.

In England wird in der amtlichen Statistik zwischen Glaubens- und Nicht-Glaubensschulen unterschieden. Bei den staatlich abhängigen Privatschulen, zu denen in England die sogenannten *academies* und *free schools* gehören, verteilt sich die Trägerschaft folgendermaßen: 29 Prozent der *free schools* und 45,5 Prozent der *academies* im Primarschulbereich gehören Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften an (darunter Church of England, katholische Kirche sowie jüdische und muslimische Religionsgemeinschaften). Im Sekundarschulbereich sind die Quoten deutlich geringer (vgl. Long/Bolton 2015: 17).

2.3 Zusammenhänge zwischen der Rolle der Privatschulen und den Wohlfahrtsstaatstypen

Die Tabellen 2 und 3 zeigen zunächst, welche Rolle Privatschulen in den OECD-Staaten im Primarschulbereich (Tabelle 2) und im unteren Sekundarschulbereich (Tabelle 3) einnehmen. Dabei wird eine Abstufung in vier Bereiche vorgenommen: Die Länder des Typs 1 haben (fast) nur öffentliche Schulen und weniger als zwei Prozent der Schüler/innen besuchen private Schulen. Diejenigen Länder mit Schüler/innen-Anteilen zwi-

7 Diese Schulen unterrichten nach dem pädagogischen Konzept Rudolf Steiners.

schen zwei und zehn Prozent zählen zum Typ 2 und diejenigen zwischen zehn und dreißig Prozent fallen unter Typ 3. Länder mit mehr als dreißig Prozent der Schüler/innenschaft an privaten Schulen gehören zum Typ 4.

Für beide Privatschulbereiche (Primarschule und unterer Sekundarschulbereich) zeigt sich für das Jahr 2014, dass sie in unterschiedlicher Weise mit den klassischen Wohlfahrtsregimen korrelieren. Die *sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten* finden sich im Bereich der Primarschulbildung sowohl mit Finnland in Typ 1 als auch mit Norwegen, Schweden und Island in Typ 2 und mit Dänemark in Typ 3. Auch die *konservativen Wohlfahrtsstaaten* weisen ein heterogenes Bild auf: Während Länder wie Deutschland, Österreich oder die Schweiz mit Privatschüler/innen-Anteilen zwischen zwei und zehn Prozent zu Typ 2 zählen, sind private Schulen in Frankreich und Luxemburg (Typ 3) sowie Belgien (Typ 4) stark bis sehr stark vertreten. Gerade in den konservativen Wohlfahrtsstaaten spielen Schulen der katholischen und der protestantischen Kirche eine wichtige Rolle. Die Niederlande werden in der Statistik der OECD zwar als ein ausschließlich öffentliches Schulwesen ausgewiesen, von der Verantwortlichkeit her müsste das Land aber ähnlich wie Belgien zum Typ 4 gezählt werden, da mehr als siebzig Prozent der Schulen einen privaten Träger haben (vgl. van de Ven 2013: 59).

Die *südeuropäischen Wohlfahrtsstaaten* Italien und Griechenland zählen zum Typ 2, Portugal zum Typ 3 und Spanien zum Typ 4. Ähnlich heterogen wie in den anderen Wohlfahrtsstaatstypen ist auch die Verteilung in den *osteuropäischen Wohlfahrtsstaaten* im Grundschulbereich: Während Slowenien und die Tschechische Republik unter Typ 1 fallen und Estland, die Slowakei und Polen unter Typ 2, gehört Ungarn zum Typ 3.⁸

Im Vergleich mit dem Grundschulbereich spielen Privatschulen im unteren Sekundarbereich eine stärkere Rolle (vgl. Tabelle 3). Nur noch Irland, Island und Slowenien gehören zum Typ 1 mit weniger als zwei Prozent von Schüler/inne/n an privaten Schulen. Die Mehrheit der Staaten verteilt sich auf die Typen 2 und 3. Mehr als dreißig Prozent der Schüler/innen (Typ 4) gehen in Australien, Chile, Belgien, Großbritannien und Spanien an private Schulen. Die Variation der Privatschullandschaft im unteren Sekundarschulbereich ist somit kleiner als im Bereich der Grundschulen.

8 Die süd- und osteuropäischen Staaten sind nur schwer unter die klassischen Wohlfahrtsstaaten subsumierbar.

Zusammenfassend ist es kaum möglich, länderspezifische Muster – etwa unter Einbeziehung des Konzepts der „Families of Nations“ (Castles 1993) – oder Zusammenhänge mit der Typologie von Wohlfahrts- und Bildungsregimen (vgl. Busemeyer/Nikolai 2010; West/Nikolai 2013) zu erkennen. Liberale (und englischsprachige) Wohlfahrtsstaaten sind in allen vier Feldern zu finden. Auch die konservativen und sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten sowie die osteuropäischen Staaten sind im Grundschul- und Sekundarschulbereich breit verstreut.

Zur statistischen Erfassung durch die OECD ist anzumerken, dass das Ausmaß der Privatisierung von Schulen in einzelnen Ländern unterschätzt wird. So zählen etwa Japan und Südkorea im Bereich der Grundschulen zum Typ 1, obwohl beide Schulsysteme einen beträchtlichen Sektor privatwirtschaftlich-ergänzender Schulbildung haben, der sogenannten „shadow education“ (vgl. Dierkes 2009; Entrich 2015; Lee/Shouse 2011). Die Quoten derjenigen Schüler/innen, die den Nachhilfesektor in Anspruch nehmen, werden von der OECD aber statistisch nicht erfasst. Dabei handelt es sich um einen Bereich, der in vielen OECD-Ländern stark expandiert (vgl. Bray 2013).

Tabelle 2: Größe des öffentlichen Sektors im Primarschulbereich, 2014

Typ 1 <i>(fast) nur öffentlich</i>		Typ 2 <i>SuS an privaten Schulen: 2–10 %</i>	
Finnland Irland Japan Lettland Neuseeland	Niederlande Slowenien Südkorea Tschechische Republik	Deutschland Estland Griechenland Kanada (2013) Island (2013) Italien Norwegen	Mexiko Österreich Polen Schweden Schweiz Slowakei Türkei USA
Typ 3 <i>SuS an privaten Schulen: 10–30 %</i>		Typ 4 <i>SuS an privaten Schulen: >30 %</i>	
Dänemark Frankreich Großbritannien Israel	Luxemburg Portugal Ungarn	Australien Belgien Chile Spanien	

Quelle: OECD (2016b). Anm.: Angaben basieren auf Anteilen von Schüler/inne/n (= SuS) an privaten Schulen.

Tabelle 3: Größe des öffentlichen Sektors in der unteren Sekundarstufe, 2014

<p>Typ 1 <i>(fast) nur öffentlich</i></p>	<p>Typ 2 <i>SuS an privaten Schulen: 2–10 %</i></p>
<p>Typ 3 <i>SuS an privaten Schulen: 10–30 %</i></p> <p>Dänemark Frankreich Israel Südkorea Luxemburg</p> <p>Mexiko Portugal Schweden Ungarn</p>	<p>Typ 4 <i>SuS an privaten Schulen: >30 %</i></p> <p>Australien Chile Belgien Großbritannien Spanien</p>

Quelle: OECD (2016b). Anm.: Angaben basieren auf Anteilen von Schüler/inne/n (= SuS) an privaten Schulen.

Auffällig im Vergleich zu allen anderen Wohlfahrtsstaatstypen ist jedoch die Variation der Privatschullandschaft in den *Wohlfahrtsstaaten des liberalen Typs*, und das sowohl im Grundschulbereich als auch im unteren Sekundarschulbereich, wo das Modell der Gesamtschule dominiert und der Grad der institutionellen Stratifizierung gering ist. Die private Bildungsfinanzierung ist hier im OECD-Vergleich überdurchschnittlich hoch (vgl. Busemeyer/Nikolai 2010; Nikolai/Rothe 2016; West/Nikolai 2013). Im Hinblick auf das Privatschulwesen bilden die liberalen Wohlfahrtsstaaten jedoch eine recht heterogene Gruppe mit einer starken Varianz der Privatschüler/innen-Anteile im unteren Sekundarschulbereich: Hohe Anteile von Schüler/inne/n an Privatschulen im Primarschulbereich und an Schulen der unteren Sekundarstufe sind 2014 in Australien (31 % bzw. 39 %) und in Großbritannien (14 % bzw. 57 %) zu verzeichnen (vgl. OECD 2016). Auf einem mittleren Niveau bewegen sich die USA (beide Bereiche 8 %) und Kanada (6 % bzw. 9 %, Zahlen für 2013). In Irland und Neuseeland ist die Schullandschaft dagegen (fast) ausschließlich durch öffentliche Schulen bestimmt. Der Anteil von Privatschüler/inne/n in Neu-

seeland beträgt im Primarschulschulbereich zwei und im unteren Sekundarbereich fünf Prozent (vgl. OECD 2016).

3. Politische und institutionelle Faktoren der Privatschulentwicklung: Überblick über den Forschungsstand

Privatschulen expandieren in der OECD-Welt, wenn auch je nach Land in unterschiedlichem Ausmaß. In der politikwissenschaftlichen Bildungsforschung sind die Ursachen der Privatschulexpansion eine offene Forschungsfrage.⁹ Wenn sich Beiträge aus der Politikwissenschaft dem Schulbereich widmen, dann ist der Fokus auf das öffentliche Schulsystem gerichtet (vgl. zum Forschungsstand Busemeyer/Trampusch 2011), jedoch kaum auf das Privatschulwesen. Die politikwissenschaftliche Bildungsforschung nimmt dabei vor allem die Parteien in den Blick: ihren Einfluss auf Niveau und Entwicklung von Bildungsausgaben (vgl. Ansell 2010; Boix 1998; Busemeyer 2007; Jensen 2011; Schmidt 2007; Wolf/Zohlnhöfer 2009) und ihre Rolle bei der Entstehung von Schul- und Berufsbildungssystemen (vgl. Ansell/Lindvall 2013; Busemeyer 2015b). Die wenigen Studien zu Parteipräferenzen fokussieren die Positionen zur Bildungsexpansion und zu Bildungsungleichheiten (vgl. Ansell 2010; Busemeyer et al. 2013a), jedoch kaum zur Expansion von Privatschulen. Da bei der Erklärung von bildungspolitischen Outputs die Parteipolitik eine wichtige Rolle spielt (vgl. Busemeyer 2015a), wird in diesem Abschnitt diskutiert, welche Rolle die Parteipolitik in der Entwicklung der Privatschullandschaft im OECD-Vergleich hat.

Sowohl in der internationalen als auch der deutschen Bildungsforschung hat sich in den letzten Jahren die Forschung zu Privatschulen erkennbar vermehrt. Zum einen finden sich Beiträge zu Leistungsvergleichen zwischen privaten und öffentlichen Schulen auf Basis von Schulleistungsuntersuchungen (vgl. z. B. Dronkers/Avram 2009; Weiß 2013; Wößmann 2009). Zum anderen mehrten sich Beiträge zur Entwicklung der Privatschullandschaft (vgl. z. B. Koinzer/Leschinsky 2009; Koinzer/Mayer 2015; Kühne/Kann 2012; Verger et al. 2016), zur Trägererschaft und zum Profil von Privatschulen (vgl. Beiträge in Ulrich/Strunk 2012), zu den Auswirkungen der Privatschulexpansion auf das regionale Schulangebot und soziale Ungleichheiten (vgl. Jungbauer-Gans et al.

9 Dies gilt insbesondere für die deutsche Politikwissenschaft.

2012; vgl. auch Beiträge in Kraul 2015) und der Einordnung der Privatschulexpansion in internationalen Kontexten (vgl. Beiträge im Themenheft der Zeitschrift für Pädagogik 2009, Heft 5). Schließlich hat sich in den letzten Jahren an der Humboldt-Universität zu Berlin die Arbeitsstelle Privatschulforschung etabliert, die im Projekt CHOICE die elterlichen Schulwahlmotive von privaten und öffentlichen Schulen untersucht (vgl. Mayer/Koinzer 2014).

Im Zeichen von Globalisierung, Deindustrialisierung und Bevölkerungsalterung kommt der parteipolitischen Zusammensetzung von Regierungen in der Sozialpolitik zwar eine weniger starke Bedeutung zu (vgl. Kittel/Obinger 2003; Kwon/Pontusson 2010). Doch die Sichtweise der Parteiendifferenztheorie hat nach wie vor eine mächtige Erklärungskraft in der Arbeitsteilung zwischen Staat und Markt (vgl. Castles/Obinger 2007) und dürfte daher auch in der Privatschulentwicklung wirkmächtig sein.

Linke Parteien, die tendenziell die Interessen unterer Einkommenschichten vertreten, favorisieren hohe öffentliche Bildungsausgaben und ein staatliches Bildungssystem (vgl. Ansell 2010; Boix 1998; Busemeyer 2009; Rauh et al. 2011; Wolf 2009; Wolf/Zohlnhöfer 2009). Nach Hicks (2015: 328) befürchten linke Parteien die Einführung von Marktelementen in Schulsystemen, da sie annehmen, dass dadurch die soziale Segregation in Schulen erhöht und Bildungschancen eingeschränkt werden. Jedoch ist der Effekt linker Parteien nicht immer eindeutig. Unter stark rückläufigen Schüler/innen-Zahlen in bevölkerungsarmen Regionen und knappen öffentlichen Mitteln können sich linke Parteien auch zu einer stärkeren marktorientierten Schulpolitik bereit zeigen (vgl. für die Sozialdemokratie in Schweden Klitgaard 2007).

Konservativ-liberale Parteien, die tendenziell die Interessen der oberen Einkommenschichten vertreten, setzen anders als linke Parteien weniger stark auf öffentliche Bildungsinvestitionen. Diese Parteifamilie favorisiert die Privatisierung von Schulsystemen und die Ausweitung von staatlichen Subventionen für Privatschulen, um die Bildungsprivilegien ihrer Wählerklientel zu sichern (vgl. Köppe 2014). Im Vergleich zu den konservativ-liberalen Parteien ist die Position von christdemokratischen Parteien weniger eindeutig. Nach Wolf und Zohlnhöfer (2009: 234) gelten christdemokratische Parteien als „welfare state-friendly bourgeois party family“, die stärker als konservativ-liberale Parteien auf staatliche Bildungsinvestitionen setzt. Diese Parteifamilie steht zwar einer marktorientierten Schulpolitik kritisch gegenüber, doch aufgrund ihrer engen Beziehung zu christlichen Kirchen fördert sie religiöse Privatschulen durch die Ausweitung

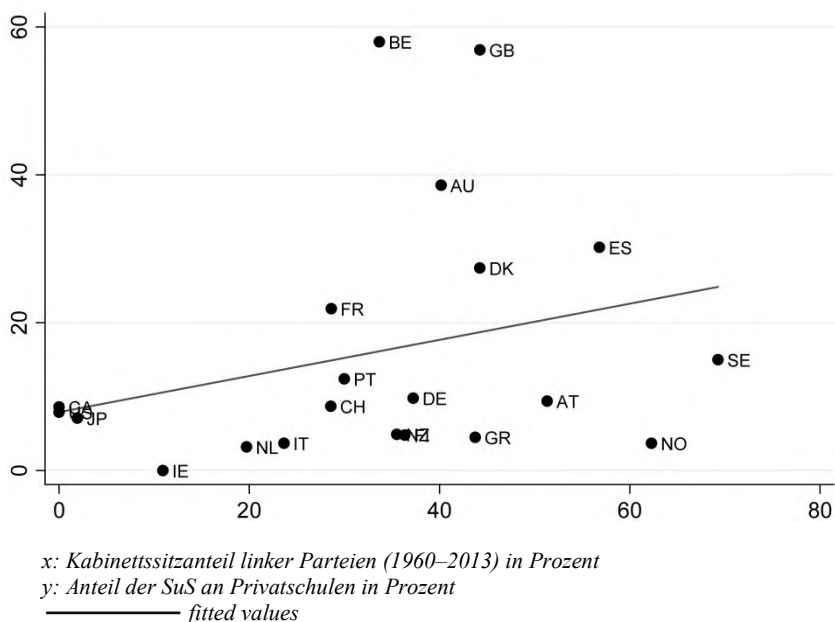
von staatlichen Subventionen, da sie diese damit unter staatlicher Kontrolle halten können (vgl. Köppe 2014).

Während sich auf dem Feld der Bildungsausgabepolitik Partieneffekte nachweisen lassen (vgl. Busemeyer 2015a), ist dies auf dem Feld der Privatschulpolitik nicht eindeutig. Abbildung 1 zeigt, dass es keinen engen Zusammenhang zwischen den langjährigen Kabinettsitzanteilen linker Parteien¹⁰ (Durchschnittswerte von 1960 bis 2013) und dem Anteil von Schüler/inne/n an Privatschulen im unteren Sekundarschulbereich gibt. Zudem deckt sich die Richtung der Regressionsgeraden nicht mit der theoretischen Annahme, dass ein traditionell höherer Kabinettsitzanteil linker Parteien mit einem niedrigeren Anteil von Privatschüler/inne/n einhergeht. Hohe Anteile an Privatschüler/inne/n sind in Ländern sowohl mit einer starken als auch mit einer schwachen Beteiligung von linken Parteien festzustellen. Die langfristige Dominanz von linken Parteien hat also scheinbar keine Auswirkungen auf den Entwicklungspfad in der Privatschullandschaft.

Bei einem überdurchschnittlich starken Kabinettsitzanteil linker Parteien in Großbritannien wurde der Privatschulbereich (v. a. in England) stark ausgebaut. Auch Australien, Belgien, Dänemark, Frankreich und Spanien liegen über der Regressionslinie und weisen deutlich höhere Privatschüler/innen-Anteile in Relation zu den durchschnittlichen Kabinettsitzanteilen linker Parteien auf. Die hohen Zahlen lassen sich für diese Länder also nur beschränkt mit dem Kabinettsitzanteil linker Parteien erklären. Japan, Kanada oder die USA, die sich annähernd auf der Regressionsgeraden positionieren, haben bei gleichzeitiger Absenz linker Parteien einen niedrigen Privatschüler/innen-Anteil und verhalten sich nicht trendkonform. In Schweden wiederum ist der Anteil von Schüler/inne/n an Privatschulen im unteren Sekundarbereich hoch – und das trotz der starken Rolle von linken Parteien.

10 Darunter fallen sozialdemokratische, grüne, sozialistische und kommunistische Parteien.

Abbildung 1: Zusammenhang zwischen dem historischen Kabinettsitzanteil linker Parteien (1960–2013) und dem prozentualen Anteil an Privatschüler/innen im unteren Sekundarschulbereich (2014) in ausgewählten OECD-Ländern

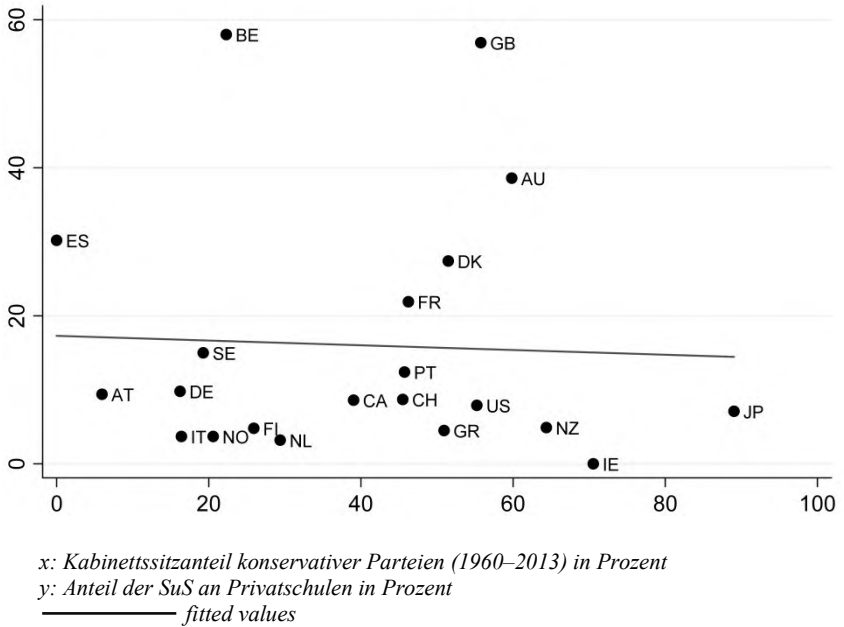


Quellen: eigene Darstellung mit Daten aus Armingeon et al. (2015) und OECD (2016b); Anm.: Daten für die Niederlande (NL) von 2012

Eine vergleichbare Uneindeutigkeit des Effekts von Parteien ergibt sich auch, wenn die Kabinettsitzanteile konservativer Parteien berücksichtigt werden (Abbildung 2). Aus theoretischer Perspektive zum Effekt konservativer Parteien müsste auch hier die Regressionsgerade einen anderen Trend zeigen: mit höheren Anteilen von Privatschüler/innen bei steigendem Anteil konservativer Parteien.

In Relation zur Stärke konservativer Parteien fallen die Quoten in Ländern wie Japan, Neuseeland, Irland oder den USA unterdurchschnittlich aus. Überdurchschnittlich hoch sind sie in Großbritannien, Australien oder Belgien. Auch hier gilt, dass sich hohe Anteile an Privatschüler/innen sowohl in Ländern mit traditionell starken als auch schwachen konservativen Parteien finden lassen.

Abbildung 2: Zusammenhang zwischen dem historischen Kabinettsitzanteil konservativer Parteien (1960–2013) und dem prozentualen Anteil an Privatschüler/innen im unteren Sekundarschulbereich (2014) in ausgewählten OECD-Ländern



Quellen: eigene Darstellung mit Daten aus Armingeon et al. (2015) und OECD (2016b); Anm.: Daten für die Niederlande (NL) von 2012

Mit Blick auf die Daten aus Abbildung 1 und 2 sind die Privatschüler/innen-Anteile zunächst kaum auf Parteieneffekte zurückzuführen. Die politischen, sozioökonomischen und institutionellen Ursachen der Privatschulexpansion sind jedoch kaum erforscht. Zu den wenigen bislang vorliegenden Studien gehören Analysen von Klitgaard (2008), Gingrich (2011), Hicks (2015) und Köppe (2014).

Jedoch untersucht Klitgaard lediglich die Rolle von Parteien und Interessenverbänden bei der Einführung von Bildungsgutscheinen, die die Wahlfreiheiten von Schüler/innen bzw. deren Eltern erhöhen und damit nur einen Teilaspekt von Privatschulen betreffen. Gingrich untersucht vergleichend die Politikfelder von Gesundheit, Pflege und Bildung in England, Schweden und den Niederlanden. Die Positionen von linken und rechten Parteien arbeitet sie theoretisch heraus und zeichnet übergeordnete

Trends von Privatisierungspolitiken in der Bildungspolitik nach, ohne jedoch den politischen Entscheidungsprozess historisch zu kontextualisieren und das Zusammenspiel von Parteien mit anderen Akteuren (etwa Lehrer/innen-Verbänden, Kirchen, Stiftungen, Wirtschaftsverbänden, aber auch Eltern) oder die Einbettung der Schulsysteme in die Wohlfahrtsregime zu berücksichtigen. Diese Einschränkung trifft auch auf Vergleiche von Hicks zur Entwicklung von Privatschulen in England und Schweden zu. Köppe nimmt zwar die Positionierungen von Parteien hinsichtlich der institutionellen Einbettung von Wohlfahrtsmärkten für die Politikfelder Rente und Bildung in den Blick. Doch untersucht er wiederum nicht die politischen Entscheidungsprozesse.

In den genannten Arbeiten werden die Unterschiede in Anlehnung an die Wohlfahrtsstaatentypologie von Esping-Andersen (1990) zwischen konservativen, sozialdemokratischen und liberalen Wohlfahrtsregimen untersucht und vor allem auf die Rolle von Parteien fokussiert. Jedoch werden die politischen Entscheidungsprozesse weder historisch kontextualisiert noch das Zusammenspiel von Parteien mit anderen Akteuren in den Blick genommen. Auffällig ist zudem, dass Variationen innerhalb der jeweiligen Wohlfahrtsregime kaum untersucht wurden. Ausnahmen bilden bislang einzig Analysen von Zehavi (2012, 2013) zur Privatschulentwicklung in liberalen Wohlfahrtsstaaten. Jedoch konzentriert sich auch er ausschließlich auf die Rolle von Parteien und vernachlässigt die Rolle weiterer Akteure. Ebenso gilt es, die institutionellen und sozioökonomischen Bedingungen der Privatschulpolitik zu analysieren. Arbeiten von Schmitt und Obinger (vgl. Obinger et al. 2015) zeigen dabei, dass auf Privatisierungen im Bereich staatseigener Unternehmen nationale Verfassungsschranken, der Demokratietyp und auch korporatistische Strukturen Einfluss nehmen. Ähnliche Effekte könnten auch für die Privatschulentwicklung eine Rolle spielen.

Auch Querverbindungen zwischen der Privatschul- und sozialstaatlichen Entwicklung werden in Analysen bislang kaum berücksichtigt. Gerade die Verbindung zwischen wohlfahrtsstaatlicher Politik und Bildungspolitik wurde bereits in einigen politikwissenschaftlichen Beiträgen zur Berufsbildungs- und Hochschulpolitik untersucht (vgl. Busemeyer 2015; Busemeyer/Trampusch 2012; Willemse/Beer 2012), jedoch nicht in Bezug auf das Privatschulwesen. Für die Privatschulentwicklung und Finanzierung von Privatschulen bleibt zu prüfen, welche politischen und institutionellen Verbindungen zu Wohlfahrtsstaaten bestehen. Für den derzeitigen Forschungsstand zur Privatschulentwicklung in der OECD-Welt ist schließlich festzustellen, dass pädagogische Debatten zur Schulqualität,

Schulautonomie, Schulwahl und zur veränderten Rolle von Eltern als „Konsumenten“ sowie zu den ideellen Einstellungen der Akteure – zu Fragen von Chancengleichheit, Elitenförderung oder Differenzierung – bislang vernachlässigt werden.

4. Fazit

Die politikwissenschaftliche Bildungsforschung ist mittlerweile eine „Wachstumsindustrie“ (Busemeyer et al. 2013b: 180). Doch der Privatschul Sektor wird, wie in dem Beitrag deutlich wurde, von ihr bislang stark vernachlässigt. Dabei geht es hier um einen Bereich, der in den letzten Jahren stark expandierte, und das nicht nur in der OECD-Welt. Trotz allem fehlt es an Untersuchungen zu den politisch-institutionellen und sozioökonomischen Bestimmungsfaktoren dieser Expansion und zum Umbau der öffentlichen Schulsysteme. Nicht berücksichtigt werden bislang sozioökonomische Faktoren wie die wirtschaftliche Entwicklung und demografische Faktoren.

Da die konkrete Form institutionellen Wandels entscheidend von machtpolitischen Faktoren und von spezifischen Akteurskonstellationen abhängt (vgl. Mahoney/Thelen 2010), gilt es nicht nur die Rolle von Parteien in den Blick zu nehmen, sondern auch die von Lehrerverbänden (vgl. Nikolai et al. 2017), Stiftungen, Wirtschaftsverbänden und auch Eltern. Dabei sollten sowohl die verfassungspolitischen Vorgaben als auch die Organisation der öffentlichen Interessenvermittlung sowie Regeln der Entscheidungsfindung herangezogen werden, die das Handeln von Akteuren beeinflussen. Schließlich wäre auch zu prüfen, welche Querverbindungen zwischen der Privatschulentwicklung und der Reform und dem Umbau von Wohlfahrtsstaaten bestehen.

Literatur

- Ansell, Ben W. (2010): *From the ballot to the blackboard: The redistributive political economy of education*. New York: Cambridge University Press.
- Ansell, Ben W./Lindvall, Johannes (2013): *The political origins of primary education systems: ideology, institutions, and interdenominational conflict in an era of nation-building*. In: *American Political Science Review* 107 (3). 505–522.

- Armingeon, Klaus/Isler, Christian/Knöpfel, Laura/Weisstanner, David/Engler, Sarah (2015): Comparative political data set 1960–2013. Bern: Politikwissenschaftliches Institut, Universität Bern.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016): Bildung in Deutschland 2016. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.
- Avenarius, Hermann (2011): Die Herausforderung des öffentlichen Schulwesens durch private Schulen. Aktuelle Rechtsfragen in einer angespannten Beziehung. Frankfurt a. M.: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.
- Bellenberg, Gabriele/Wegricht, Christiane (2015): Private Grundschulen in Deutschland: Verbreitung, Trägerschaft und Finanzierung. In: Zeitschrift für Grundschulforschung 8 (2). 18–27.
- Boix, Charles (1998): Political parties, growth and equality: Conservative and social democratic economic strategies in the world economy. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bray, Mark (2013): Shadow education: Comparative perspectives on the expansion and implications of private supplementary tutoring. In: Procedia – Social and Behavioral Sciences 77. 412–420.
- Busemeyer, Marius R. (2007): The determinants of public spending in 21 OECD democracies, 1980–2001. In: Journal of European Public Policy 14 (4). 582–610.
- Busemeyer, Marius R. (2009): Social democrats and the new partisan politics of public investment in education. In: Journal of European Public Policy 16 (1). 107–126.
- Busemeyer, Marius R. (2015a): Bildungspolitik im internationalen Vergleich. Konstanz/München: UVK Verlagsgesellschaft.
- Busemeyer, Marius R. (2015b): Skills and inequality. Partisan politics and the political economy of education reforms in western welfare states. Cambridge: Cambridge University Press.
- Busemeyer, Marius R./Franzmann, Simon T./Garrizmann, Julian L. (2013a): Who owns education? Cleavage structures in the partisan competition over educational expansion. In: West European Politics 36 (3). 521–546.
- Busemeyer, Marius R./Nikolai, Rita (2010): Education. In: Obinger, Herbert/Pierson, Chris/Castles, Francis G./Leibfried, Stephan/Lewis, Jane (Hrsg.): Oxford handbook of comparative welfare states. Oxford: Oxford University Press. 494–508.
- Busemeyer, Marius R./Nikolai, Rita/Wolf, Frieder (2013b): Bildung in Deutschland im Vergleich. Drei Skizzen zur interaktionsorientierten und materiellen Policy-Analyse in Fortentwicklung des Schmidt'schen Ansatzes. In: Armingeon, Klaus (Hrsg.): Staatstätigkeiten, Parteien und Demokratie: Festschrift für Manfred G. Schmidt. Wiesbaden: Springer VS. 163–184.
- Busemeyer, Marius R./Trampusch, Christine (2011): Review article: Comparative political science and the study of education. In: British Journal of Political Science 41 (2). 413–443.

- Busemeyer, Marius R./Trampusch, Christine (Hrsg.) (2012): The comparative political economy of collective skill formation systems. Oxford: Oxford University Press.
- Castles, Francis G. (Hrsg.) (1993): Families of nations: Patterns of public policy in western democracies. Aldershot: Dartmouth.
- Castles, Francis G./Obinger, Herbert (2007): Social expenditure and the politics of redistribution. In: *Journal of European Social Policy* 17 (2). 206–222.
- Chubb, J. E./Moe, T. M. (1990): Politics, markets, and America's schools. Washington D.C.: Brookings Institution.
- Dierkes, Julian (2009): Privatschulen und privatwirtschaftliche Zusatzschulen in Japan: Bildungspolitische Lückenbeißer und Marktlücke. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 37, Beiheft 55 (5). 732–746.
- Dronkers, Jaap/Avram, Silvia (2009): Choice and effectiveness of private and public schools in seven countries. A reanalysis of three PISA data sets. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 55 (6). 895–909.
- Entrich, Steve R. (2015): The decision for shadow education in Japan: Students' choice or parents' pressure? In: *Social Science Japan Journal* 18 (2). 193–216.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): The three worlds of welfare capitalism. Cambridge: Polity Press.
- Gewirtz, Sharon/Ball, Stephen J./Bowe, Richard (1995): Markets, choice and equity in education. Buckingham: Open University Press.
- Giesinger, Johannes (2009): Freie Schulwahl und Bildungsgerechtigkeit. Eine Problemskizze. In: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 13 (2). 170–187.
- Gingrich, Jane (2011): Making markets in the welfare state: The politics of varying market reforms. Cambridge: Cambridge University Press.
- Helbig, Marcel/Nikolai, Rita (2015): Die Unvergleichbaren. Der Wandel der Schulsysteme in den deutschen Bundesländern seit 1949. Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt.
- Helbig, Marcel/Nikolai, Rita (2016): Alter Wolf im neuen Schafspelz? Auswirkungen der Berliner Schulstrukturreform auf die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft in Berliner Schulen und die soziale Spaltung des Schulsystems. [unveröffentlichtes Manuskript]
- Hicks, Timothy (2015): Inequality, marketisation and the left: Schools policy in England and Sweden. In: *European Journal of Political Research* 54 (2). 326–342.
- Höhne, Thomas (2016): Stiftungen & Staat auf dem Privatisierungspfad. Eine kritische Analyse zum Einfluss von Stiftungen im Bildungsbereich. In: Heinrich, Martin/Kohlstock, Barbara (Hrsg.): Ambivalenzen des Ökonomischen. Analysen zur „Neuen Steuerung“ im Bildungssystem. Wiesbaden: Springer VS. 35–58.
- Jensen, Carsten (2011): Capitalist systems, deindustrialization, and the politics of public education. In: *Comparative Political Studies* 44 (4). 412–435.
- Jungbauer-Gans, Monika/Lohmann, Henning/Spieß, Katharina C. (2012): Bildungsgleichheiten und Privatschulen in Deutschland. In: Becker, Rolf/Solga, Heike (Hrsg.): *Soziologische Bildungsforschung*. Wiesbaden: Springer VS. 64–85.

- Kittel, Bernhard/Obinger, Herbert (2003): Political parties, institutions, and the dynamics of social expenditure in times of austerity. In: *Journal of European Public Policy* 10. 20–45.
- Klitgaard, Michael B. (2007): Do welfare state regimes determine public sector reforms? Choice reforms in American, Swedish and German schools. In: *Scandinavian Political Studies* 30 (4). 444–468.
- Klitgaard, Michael B. (2008): School vouchers and the new politics of the welfare state. In: *Governance: An International Journal of Policy, Administration, and Institutions* 21 (4). 479–498.
- Koinzer, Thomas (2014): Shadow Education? Private Nachhilfe und das öffentliche Schulsystem. Dossier Zukunft Bildung der Bundeszentrale für Politische Bildung. <http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/zukunft-bildung/185778/nachhilfe?p=all> (30.03.2016)
- Koinzer, Thomas/Leschinsky, Achim (2009): Privatschulen in Deutschland. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 55 (5). 669–685.
- Koinzer, Thomas/Mayer, Tanja (2015): Private Schulen – Entwicklung und empirische Befunde unter besonderer Berücksichtigung des Grundschulwesens. In: *Zeitschrift für Grundschulforschung* 8 (2). 28–41.
- Köppe, Stephan (2014): Wohlfahrtsmärkte. Die Privatisierung von Bildung und Rente in Deutschland, Schweden und den USA. Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Kraul, Margret (Hrsg.) (2015): Private Schulen. Wiesbaden: Springer VS.
- Kühne, Stefan/Kann, Caroline (2012): Private (Grund)Schulen als blinder Fleck der öffentlichen Daseinsvorsorge? Regionale Analysen zu Entwicklungen in der deutschen Privatschullandschaft. In: *Die Deutsche Schule* 104 (3). 256–278.
- Kwon, Hyeok Y./Pontusson, Jonas (2010): Globalization, labour power and partisan politics revisited. In: *Socio-Economic Review* 8 (2). 251–281.
- Lee, Soojeong/Shouse, Roger C. (2011): The impact of prestige orientation on shadow education in South Korea. In: *Sociology of Education* 84 (3). 212–224.
- Long, Robert/Bolton, Paul (2015): Faith schools: FAQs. Briefing paper no. 06972, 14 October 2015. London: House of Commons Library.
- Mahoney, James/Thelen, Kathleen (2010): A gradual theory of institutional change. In: Mahoney, James/Thelen, Kathleen (Hrsg.): *Explaining institutional change: ambiguity, agency, and power*. Cambridge: Cambridge University Press. 1–37.
- Maussen, Marcel/Bader, Veit (2015): Non-governmental religious schools in Europe: Institutional opportunities, associational freedoms, and contemporary challenges. In: *Comparative Education* 51 (1). 1–21.
- Mayer, Tanja/Koinzer, Thomas (2014): Schulwahl. Grundlegende Theorien und Befunde und einige kritische (Nach-)Fragen. In: *Engagement. Zeitschrift für Erziehung und Schule* 32 (3). 161–173.
- Nikolai, Rita/Briken, Kendra/Niemann, Dennis (2017): Teacher unions in Germany: fragmented competitors. In: Moe, Terry M./Wiborg, Susanne (Hrsg.): *The comparative politics of education: Teachers unions and education systems around the world*. New York: Cambridge University Press. 114–142.

- Nikolai, Rita/Rothe, Kerstin (2016): Bildungspolitik im internationalen Vergleich. In: Lauth, Hans-Joachim/Kneuer, Marianne/Pickel, Gert/Erdmann, Gero (Hrsg.): *Handbuch Vergleichende Politikwissenschaft*. Wiesbaden: Springer VS. 733–745.
- Obinger, Herbert/Schmitt, Carina/Traub, Stefan (2015): *The political economy of privatization in rich democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- OECD (2012): *Public and private schools: How management and funding relate to their socio-economic profile*. Paris: OECD.
- OECD (2016a): *Education at a glance*. Paris: OECD.
- OECD (2016b): *Education online database*. http://stats.oecd.org/Index.aspx?data_setcode=EAG (15.09.2016)
- Rauh, Christian/Kirchner, Antje/Kappe, Roland (2011): Political parties and higher education spending: Who favours redistribution? In: *West European Politics* 34 (6). 1185–1206.
- Schmid, Josef/Amos, Karin/Schrader, Josef/Thiel, Ansgar (Hrsg.) (2011): *Welten der Bildung? Vergleichende Analysen von Bildungspolitik und Bildungssystemen*. Baden-Baden: Nomos.
- Schmidt, Manfred G. (2007): Testing the retrenchment hypothesis: Educational spending, 1960–2002. In: Castles, Francis G. (Hrsg.): *The disappearing state? Retrenchment realities in an age of globalisation*. Cheltenham/Northampton: Elgar. 159–183.
- Streeck, Wolfgang/Thelen, Kathleen (2005): Introduction: Institutional change in advanced political economies. In: Streeck, Wolfgang/Thelen, Kathleen (Hrsg.): *Beyond continuity: Institutional change in advanced political economies*. Oxford: Oxford University Press. 1–39.
- Tarazona, Mareike/Brückner, Yvonne (2016): Finanzierungsformen, Zielvereinbarung, New Public Management und Globalbudgets. In: Altrichter, Herbert/Maag Merki, Katharina (Hrsg.): *Handbuch Neue Steuerung*. Wiesbaden: Springer VS. 75–105.
- Ulrich, Heiner/Strunck, Susanne (Hrsg.) (2012): *Private Schulen in Deutschland. Entwicklungen – Profile – Kontroversen*. Wiesbaden: Springer VS.
- van de Ven, Bob J. P. (2013): Die Entwicklung von Privatschulen und staatlichen Schulen in den Niederlanden. In: Gürlevik, Aydin/Palentien, Christian/Heyer, Robert (Hrsg.): *Privatschulen versus staatliche Schulen*. Wiesbaden: Springer VS. 59–72.
- Verger, Antoni/Fontdevila, Clara/Zancajo, Adrián (2016): *The privatization of education. A political economy of global education reform*. Amsterdam/New York: Teachers College Press.
- Weiß, Manfred (2001): Quasi-Märkte im Schulbereich. Eine ökonomische Analyse. In: Oelkers, Jürgen (Hrsg.): *Zukunftsfragen der Bildung* 43. Beiheft der Zeitschrift für Pädagogik. Weinheim/Basel: Beltz. 69–85.
- Weiß, Manfred (2013): Schulleistungen an Privatschulen. Ergebnisse deutscher Vergleichsstudien. In: Gürlevik, Aydin/Palentien, Christian/Heyer, Robert (Hrsg.): *Privatschulen versus staatliche Schulen*. Wiesbaden: Springer VS. 227–234.

- West, Anne (2010): High stakes testing, accountability, incentives and consequences in English schools. In: *Policy & Politics* 38 (1). 23–39.
- West, Anne (2015): Education policy and governance in England under the coalition Government (2010–15): Academies, the pupil premium, and free early education. In: *London Review of Education* 13 (2). 21–36.
- West, Anne/Nikolai, Rita (2013): Welfare regimes and education regimes: Equality of opportunity and expenditure in the EU (and US). In: *Journal of Social Policy* 42 (3). 469–493.
- West, Anne/Nikolai, Rita (2017): The expansion of ‘private’ schools in England (academies/free schools), Sweden (friskolor) and Germany (Freie Schulen): A comparative perspective on policy development and the role of ideas in institutional change. In: *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice* 19. 1–18.
- Wiborg, Susanne (2015): Privatizing education: Free school policy in Sweden and England. In: *Comparative Education Review* 59 (3). 473–497.
- Willemsse, Nienke/Beer, Paul de (2012): Three worlds of educational welfare states? A comparative study of higher education systems across welfare states. In: *Journal of European Social Policy* 22 (2). 105–117.
- Wolf, Frieder (2009): The division of labour in education funding: A cross-national comparison of public and private education expenditure in 28 OECD Countries. In: *Acta Politica* 44 (1). 50–73.
- Wolf, Frieder (2010): Beiträge privater Haushalte. In: Barz, Heiner (Hrsg.): *Handbuch Bildungsfinanzierung*. Wiesbaden: Springer VS. 307–316.
- Wolf, Frieder/Zohlnhöfer, Reimut (2009): Investing in human capital? The determinants of private education expenditure in 26 OECD Countries. In: *Journal of European Social Policy* 19 (3). 230–244.
- Wößmann, Ludger (2009): Public private partnerships and student achievement: A cross-country analysis. In: Chakrabarti, Rajashri/Peterson, Paul E. (Hrsg.): *School choice international*. Cambridge (MA): MIT Press. 13–45.
- Wrase, Michael/Helbig, Marcel (2016): Das missachtete Verfassungsgebot – Wie das Sonderungsverbot nach Art. 7 II 3 GG unterlaufen wird. In: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht*. 1591–1598.
- Zehavi, Amos (2012): Welfare state politics in privatization of delivery: Linking program constituencies to left and right. In: *Comparative Political Studies* 45 (2). 194–219.
- Zehavi, Amos (2013): Veto players, path dependency, and reform of public aid policy toward private schools. Australia, New Zealand, and the United States. In: *Comparative Politics* 44 (3). 311–330.